

Asylwende wie in Dänemark?

CSU/CSU-Bundestagsfraktion lobt Gabriel-Vorstoß zur Flüchtlingspolitik – und hofft auf „eine gemeinsame Lösung wie zu Beginn der 1990er-Jahre“

Von Matthias Koch

Berlin/Hannover. Die Unionsfraktion im Bundestag hat den Vorstoß des früheren SPD-Chefs Sigmar Gabriel zu einer Wende in der Flüchtlingspolitik begrüßt.

Thorsten Frei, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, sagte dem RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND), er hoffe auf „eine gemeinsame Lösung wie zu Beginn der 1990er-Jahre“. Damals hatten sich Union und SPD erstmals auf Beschränkungen des Asylartikels im Grundgesetz verständigt.

„Unsere Hand ist ausgestreckt“, sagte Frei. „Ich hoffe nur, dass Gabriels Intervention vor allem auch in der eigenen Partei gehört wird.“

Der frühere SPD-Chef hatte in einem Interview mit dem RedaktionsNetzwerk Deutschland ein Individualrecht auf Asyl generell in Zweifel gezogen und gesagt: „Unsere Regeln aus dem 20. Jahrhundert passen nicht zu den Herausforderungen des 21. Jahrhun-

derts.“

Deutschland muss nach Ansicht Gabriels nach dem Vorbild Dänemarks „parteiübergreifend nach neuen Wegen suchen“. Die von ihm vorgeschlagene Linie werde zwar „lauten Protest der Pro-Asyl-Szene“ auslösen. „Auf Dauer aber könnte eine kluge neue Flüchtlingspolitik der alten sogar in moralischer Hinsicht überlegen sein, wenn sie vor Ort stärker den wahrhaft Bedürftigen hilft.“

Der CDU-Politiker Frei sagte: „Gabriel hat zu 100 Prozent recht.“ Es sei Zeit, die Flüchtlingspolitik nicht nach der abstrakten Gesinnung der Handelnden zu beurteilen, sondern nach der konkreten Konsequenz ihres Tuns.

Frei hatte bereits im Juli in einem Aufsatz in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ gefordert, das Individualrecht auf Asyl zu ersetzen durch humanitäre Hilfsmaßnahmen im Ausland. Eine Antragstellung auf europäischem Boden wäre dann nicht länger möglich, der Bezug von

Sozialleistungen ausgeschlossen. Stattdessen sollten Deutschland und Europa „sehr genau dort helfen, wo Staaten durch große Flüchtlingsströme destabilisiert werden“. Das bisherige Asylrecht dagegen treffe „eine zutiefst inhumane“ Auswahl: „Wer zu alt, zu schwach, zu arm oder zu krank ist, ist chancenlos.“

Für eine stärkere Beschränkung der Einwanderung warb am Wochenende auch CDU-Präsidiumsmitglied Jens Spahn. „Deutschland braucht eine Pause von dieser völlig ungesteuerten Asylumigration“, sagte Spahn der Zeitung „Bild am Sonntag“. Die Integration von durch Krieg oder Gewalt traumatisierten Menschen könne nur dann gut gelingen, „wenn die Zahl zusätzlicher Asylbewerber sehr stark abnimmt“. Spahn plädierte dafür, in Europa 300 000 bis 500 000 Geflüchtete im Jahr aufzunehmen und zu verteilen. Auswählen soll die Menschen das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen.